

Dresdner Erklärung der wirtschaftspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen von CDU und CSU

im Rahmen der Sprechertagung
am 30. November / 1. Dezember 2014 in Dresden

„Wirtschaft stärken – Investitionen erhöhen – Wettbewerbsfähigkeit ausbauen!“

Die Konjunktur kühlt ab. 2015 sinken die Wachstumsraten, der Abbau der Arbeitslosigkeit stagniert, die europäische Wirtschaft lahmt.

Angesichts der Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen fordern wir ein **„Jahr aktiver Wirtschaftspolitik 2015“**.

Das erste Jahr der Großen Koalition war geprägt davon, gigantische sozialpolitische Konzepte in Lauf zu bringen (Mütterrente, Rente `63, Mindestlohn), deren Finanzierung Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. Die Verteilungspolitik ist an ihre absoluten Grenzen gekommen. **Jetzt gilt es, die Wachstumskräfte zu stärken, öffentliche und private Investitionen kräftig zu erhöhen und insgesamt die Wettbewerbsfähigkeit von Staat und Wirtschaft signifikant auszubauen.**

Wir halten vor diesem Hintergrund folgende Maßnahmen für dringend erforderlich:

1. Steuerpolitik

Wir erneuern unser kompromissloses Nein zu Steuererhöhungen.

Deshalb ist es geboten, den „heimlichen Steuererhöhungen“ in Form der kalten Progression Einhalt zu gebieten. Wir fordern zum 1.1.2017 eine solche Korrektur des Steuertarifs, um die schleichende Höherstufung der Leistungsträger in höhere Steuersätze zu stoppen. Das hat für uns höchste Priorität und ist auch ein Prüfstein für die Glaubwürdigkeit unserer Politik.

Ein Einbau des Solidaritätszuschlags in den allgemeinen Tarif der Einkommen- und Körperschaftssteuer kommt für uns nicht in Betracht. Das wäre eine Steuererhöhung, nämlich eine Perpetuierung des eigentlich zeitlich begrenzt zu zahlenden Zuschlags. Über die Zukunft des Soli kann erst am Ende der Verhandlungen über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen entschieden werden. Wir werden uns bei unserer nächsten Tagung in Bremen im April 2015 damit beschäftigen.

Konkret und aktuell sind vielmehr steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Investitionstätigkeit anzugehen. Dazu gehört zuvörderst eine Abschreibungsmöglichkeit für die energetische Sanierung von Gebäuden.

Wir halten außerdem die Verbesserung der degressiven Abschreibung für Wirtschaftsgüter für notwendig, um Anreize für Investitionen zu schaffen. Außerdem sollte eine steuerliche Förderung von Wagniskapital für Start-ups geprüft werden.

Bei der Erbschaftssteuer ist es unerlässlich, die Verschonung von mittelständischem Betriebskapital beizubehalten und damit verbundenen Ängsten des Mittelstands im Zusammenhang mit dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vorbeugend entgegenzutreten.

2. Digitalisierung

Die Schaffung einer digitalen Infrastruktur mit einer flächendeckenden Datenrate von mindestens 50Mbit/sec ist schnellstmöglich voranzubringen. Das erfordert entsprechende regulatorische Rahmenbedingungen für Investoren und – vor allem für die ländlichen Räume – eine öffentliche Förderung, wenn die Marktkräfte für Zukunftsinvestitionen nicht reichen. Wir sehen darin eine gemeinsame Aufgabe von EU, Bund und Ländern. Wir begrüßen ausdrücklich das Vorhaben von EU-Kommissar Oettinger, einen Katalog zur EU-konformen Breitbandförderung zu erstellen. Für den Endausbau der „letzten Meile“ sind neue Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Die Innovationsfähigkeit Deutschlands im Bereich des sog. schnellen Internets ist deutlich zu erhöhen, denn im globalen Vergleich sind wir allenfalls Mittelmaß. Dazu gehört, den Wissenstransfer von der Forschung in den Business-Bereich zu beschleunigen sowie Neugründungen von Unternehmen und Projekten steuerlich und direkt zu fördern.

Die Digitalisierung ist außerdem im Bildungsbereich auf allen Ebenen deutlich stärker als bisher im Schulalltag zu verankern.

3. Investitionen in die Infrastruktur

Der Zustand der Verkehrsinfrastruktur erfüllt uns mit großer Sorge. Es gibt einen erheblichen Sanierungs- und dringenden Ausbaubedarf. In einem 300-Milliarden-Haushalt hat der Bund die Mittel dafür deutlich zu erhöhen und zu verstetigen. In dem geplanten 10-Milliarden-Programm müssen deshalb die Projekte der Verkehrsinfrastruktur mit höchster Priorität eingestuft werden.

Mit Interesse verfolgen wir die Überlegungen der EU-Kommission, ein Anreiz-Programm für risikoreiche Investitionen in den Standort Europa in einer Gesamtgrößenordnung von 315 Mrd. € aufzulegen. Noch sind viele Details nicht geklärt, aber wir sehen das als sinnvollen Ansatz, die lahmende Wirtschaft in der EU zu stützen und ausländische Investoren für den Standort Europa zu gewinnen.

4. Energiewende

Aus unserer Sicht sind die Versorgungssicherheit und die Preiswürdigkeit jetzt entscheidend für die Energiewende. Der Strompreis ist sowohl für den Verbraucher wie auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen von elementarer Bedeutung.

Nach der Reform des EEG sind die weiteren Schritte der Energiewende zügig voranzubringen. Dazu gehört die Entscheidung über den Bau von Übertragungsnetzen und des künftigen Marktdesigns.

Wir sprechen uns eindeutig dafür aus, die Marktkräfte im Strombereich zu stärken und die staatliche Regulierung auf ein Mindestmaß zurückzuführen. Das gilt sowohl für den Ausbau der erneuerbaren Energien als auch für die Vorhaltung von Leistungskapazitäten, auch durch Kohlekraftwerke.

5. Regionalpolitik in Deutschland

Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sowie Chancengerechtigkeit für die junge Generation und die wirtschaftlichen Räume machen auch in der Zukunft eine wirksame Regionalpolitik in Deutschland notwendig. Sie wird weniger geprägt sein vom Aufbau Ost, sondern vielmehr von der gezielten Förderung der Räume, die durch Marktferne, Wachstumsschwäche, demografische Entwicklung, Abwanderung und überholte Wirtschaftsstrukturen nicht oder nicht mehr wettbewerbsfähig sind und Gefahr laufen, den Anschluss an die wirtschaftliche Zukunft zu verpassen.

Dazu ist das Instrumentarium der Forschungsförderung ebenso einzusetzen wie die Schwerpunktsetzung bei der Verkehrsinfrastruktur und die gezielte Förderung von wirtschaftlichen Investitionen. Für solche Räume muss auch das Vorhalteprinzip greifen, nämlich bei einer zurückgehenden Bevölkerung in angemessener Weise die Leistungsfähigkeit der kulturellen und sozialen Infrastruktur zu erhalten.

6. Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Ein föderaler Staat muss allen Ebenen über eine angemessene und aufgabenorientierte Beteiligung an den finanziellen Ressourcen die Funktionsfähigkeit und darüber hinaus die Investitions- und Zukunftsfähigkeit gewährleisten. Wir bekennen uns zum Prinzip des Wettbewerbs-Föderalismus und entsprechenden Freiräume in den Gestaltungsmöglichkeiten der Landes- und Kommunalpolitik. Detaillierte Bundesvorgaben für die Umsetzung der landes- und kommunalpolitischen Zuständigkeiten lehnen wir ebenso ab wie eine Politik des „goldenen Zügels“, wo durch Bundeszuweisungen komplementäre Finanzmittel der Länder und Kommunen gebunden und die Entscheidungsräume der jeweiligen Ebenen eingeschränkt werden.

An diesen Grundsätzen ist die umfassende Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen im vertikalen und horizontalen Bereich auszurichten.

7. Erhalt des Meisterbriefes

Die derzeitige Diskussion in der EU, Bildungsstandards zu senken, ist aus unserer Sicht abzulehnen. Wir unterstützen in jeder Hinsicht den Erhalt des deutschen Meisterbriefes sowie das duale Berufsausbildungssystem und unterstützen eine Evaluierung der Handwerksordnung. Der Meisterbrief und die duale Berufsausbildung sind eine besondere Stärke des Wirtschaftsstandortes Deutschland und garantieren auch für den Verbraucher eine hohe Qualität handwerklicher Leistungen.

Wir sprechen den Handwerksbetrieben in Deutschland eine hohe Anerkennung für ihre Ausbildungsleistungen aus.